

# Vom ‚hochedlen und hochweisen Rath‘ Hamburgs



Seit 1216 gibt es in Hamburg einen Senat, der bis 1860 den wohlklingenden Namen „hochedler und hochweiser Rath“ führte. Am 8. November 2010 wurden die Verhandlungen des Hamburger Senats mit drei islamischen Verbänden über einen Staatsvertrag fortgesetzt. Mit dem Vertrag sollen den Muslimen in der Hansestadt weitgehende Sonderrechte zugestanden werden ([PI berichtete](#)).

*(Von Alster und M.)*

Etwa zur gleichen Zeit übergaben im Rathaus zwei Mitglieder der Bürgerbewegung Pax Europa dem persönlichen Referenten des ersten Bürgermeisters Unterschriften besorgter Bürger, die den Einzug der Scharia und Parallelegesellschaften verhindern wollen. Schon gar nicht sollte Hamburg als „Wegbereiter mit Vorbildfunktion“ ([Christa Goetsch](#), GAL) zur Islamisierung beitragen.

Der Referent hörte sich unser Anliegen durchaus geduldig an und war nicht gänzlich unwissend über den politischen Islam. Er versicherte uns, dass der Vertrag noch längst nicht in „trockenen Tüchern“ sei, und dass er unsere Unterschriftenliste und das Infomaterial sowie Schriften weitergeben werde. Nach etwa einer Viertelstunde gaben wir ihm zum Abschluss noch einen Brief an den Senat mit.

Mit uns verließ auch eine Gruppe finster aussehender Männer

schnellen Schrittes das Rathaus. Wir erkannten Ahmet Yasici, den Besitzer des „Lindenbasars“ in Hamburg und Vorsitzender der „Moscheegemeinden Norddeutschlands“, der für die Schura verhandelt und den Konvertiten Norbert Müller, Rechtsanwalt mit riesiger Aktentasche.

Ob der Tee, die Kekse oder das Ergebnis des Treffens mit dem Staatsrat Dr. Gottschalck nicht schmeckten ist unbekannt. Vielleicht sehen sie ja immer so finster aus.



„Keine Scharia“ – unter diesem Motto hat „Pax Europa“ am 6. November in der Innenstadt über den drohenden Staatsvertrag zwischen dem Senat und der muslimischen Verbänden informiert. Hunderte von [Faltblätter](#) und Broschüren zum Staatsvertrag und zur Gefahr der schleichenden Islamisierung konnten innerhalb von zwei Stunden verteilt werden. In vielen Einzelgesprächen zeigten sich die Hamburger über die Geheimverhandlungen besorgt. 60 von ihnen unterschrieben sogar eine Petition gegen den Staatsvertrag.



In Hamburg gibt es an einem Sonnabend in der

Innenstadt viele Touristen. So war es sinnvoll, Passanten höflich zu fragen, ob sie aus Hamburg kämen. Da erlebten wir auch nette Geschichten: Etwas weiter weg vom Infotisch stand eine größere Gruppe hochgewachsener junger Männer. Auf deutsch gefragt reagierten sie zunächst irritiert, auf englisch angesprochen sagte einer höflich auf schweizerisch: „Was ist Ihr Anliegen?“ Mir entfuhr „Minarett, Veni, Vidi, Vici“. Sie informierten sich und ließen es sich nicht nehmen, am Infotisch zu unterschreiben. Wir wünschten ihnen viel Erfolg beim anstehenden Volksentscheid zur „Ausschaffung krimineller Ausländer“.



Nach unserer Aktion meinte ein Mitstreiter: „Eine wichtige Erfahrung war, dass unser subjektiver Eindruck, dass wir einer Minderheit angehören, falsch ist. Alle Mitbürger, die sich auf ein Gespräch einließen, zeigten Interesse am Thema und fast alle haben gegen den Staatsvertrag unterschrieben. Es geht nicht um die, die vorbeihasten und nicht stehenbleiben. Wenn ich gezielt in der Stadt irgendwo hin will, nehme ich auch keine Zettel mit. Es geht um die, mit denen man ein kurzes Gespräch führen kann. Das ist Multiplikation. Wir müssen weitermachen und wir werden weitermachen.“